Deutscher Bundestag **Drucksache 18/6848**

18. Wahlperiode 27.11.2015

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksache 18/6187 –

Die Alpen – Vielfalt in Europa – Ziele der Alpenkonvention voranbringen und nachhaltig gestalten

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Tressel, Dr. Anton Hofreiter, Steffi Lemke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/4816 –

Tourismusprotokoll der Alpenkonvention umsetzen – Wintertourismus nachhaltig gestalten

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD fordern weitere Anstrengungen zur Entwicklung eines nachhaltigen und umweltschonenden Tourismus im Alpenraum. Unter anderem gehe es darum, bei der Erschließung der Region für den Tourismus die Lebens- und Arbeitsbedingungen wie die Belange der ansässigen Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen und die Erreichbarkeit touristischer Orte mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu verbessern. Hintergrund der Initiative ist der derzeitige deutsche Vorsitz im Kreis der acht Unterzeichnerstaaten der Alpenkonvention.

Das Vertragswerk verpflichtet die Unterzeichner, das natürliche und kulturelle Erbe der Alpen zu schützen und das Tourismusangebot nachhaltig zu gestalten. Im Tourismusprotokoll der Alpenkonvention vom Oktober 1998 sind Mindestanforderungen an den Bergtourismus und dessen Entwicklung festgeschrieben. Der deutsche Vorsitz, den die Bundesregierung am 21. November 2014 übernommen hat, endet im Oktober 2016 mit der 14. Alpenkonferenz auf der Insel Herrenchiemsee. In dieser Zeit soll das Hauptaugenmerk der Vertragsstaaten dem Thema „grünes Wirtschaften im Alpenraum" gelten.

Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes zog die Alpenregion im Jahr 2013 fast 100 Millionen Urlauber an. Diese starke Beanspruchung durch den Tourismus wirke sich nachteilig auf das Ökosystem der Gebirgslandschaft aus, heißt es im Antrag. Nach wie vor reisten die meisten Urlauber mit dem eigenen Auto an. Lärm, Luftverschmutzung und Flächenverbrauch seien die Folgen. Dies beeinträchtige die Lebensqualität von Urlaubern wie einheimischer Bevölkerung. Die Koalitionsfraktionen

drängen daher auf den Ausbau von Bahnstrecken, um mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern und mehr Ferienorte besser mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen zu können.

Zu Buchstabe b

Die Bundesregierung soll sich für eine zügige Umsetzung der Protokolle der Alpenkonvention einsetzen und deren Ziele zum besseren Schutz der alpinen Arten- und Ökosystemvielfalt vorantreiben, fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Antragsteller verlangen zudem, dass bereits bestehende Förderprogramme dahingehend überprüft werden sollen, ob sie mit den Zielen der Alpenkonvention übereinstimmen. Außerdem soll die Bundesregierung Fördermittel zur Verfügung stellen, um Innovationsprozesse im Tourismus am Beispiel des Alpenraumes, auch hinsichtlich touristischer Winterangebote, zu fördern. Zur Begründung schreibt die Fraktion, dass Deutschland aufgrund des Vorsitzes der Alpenkonferenz die Aufgabe habe, entscheidende Impulse und Akzente für die weitere Entwicklung dieser Region zu setzen. Das Reiseziel „Alpenraum" unterliege einem natürlichen Anpassungs- und Wandlungsprozess. Allgemeine touristische Trends, wie beispielsweise die Verkürzung der Urlaubsdauer oder gesellschaftliche und wirtschaftliche Gesamtentwicklungen, wie die Veränderungen der Altersstruktur von Reisenden oder der konjunkturabhängigen Kaufkraft der Zielgruppen, wirkten sich auf die Destination Alpenraum ebenso aus wie der zunehmende internationale Wettbewerb um die Reisenden. Umso wichtiger erscheine es, über die Förderung nachhaltiger Innovationen und wirtschaftlicher Betätigung der Unternehmer vor Ort, regionale Wertschöpfung, langfristige und saisonunabhängige Arbeitsverhältnisse sowie klima- und umweltverträgliche Urlaubsangebote zu stärken.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 18/6187 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/4816 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 18/6187 anzunehmen;

b) den Antrag auf Drucksache 18/4816 abzulehnen.

Berlin, den 11. November 2015

Der Ausschuss für Tourismus

Heike Brehmer Vorsitzende	**Daniela Ludwig** Berichterstatterin	**Dr. Hans-Joachim Schabedoth** Berichterstatter
	Kerstin Kassner Berichterstatterin	**Markus Tressel** Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Daniela Ludwig, Dr. Hans-Joachim Schabedoth, Kerstin Kassner und Markus Tressel

I. Überweisung

Zu den Buchstaben a und b

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 128. Sitzung am 2. Oktober 2015 den Antrag auf **Drucksache 18/6187** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 128. Sitzung am 2. Oktober 2015 den Antrag auf **Drucksache 18/4816** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 44. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat in seiner 52. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat in seiner 67. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 48. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 44. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 55. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 44. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 57. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat in seiner 52. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat in seiner 67. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 48. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 44. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss für Tourismus

Zu den Buchstaben a und b

Der Ausschuss für Tourismus hat die beiden Anträge in seiner 41. Sitzung am 11. November 2015 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 18/6187 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/4816 zu empfehlen.

Die **Koalitionsfraktionen** hoben hervor, dass die Bundesregierung gemeinsam mit der bayerischen Staatsregierung den Ehrgeiz habe, die Ziele der Alpenkonvention maßgeblich und beispielhaft voranzubringen. Der vorliegende Antrag unterstütze dieses ambitionierte Ziel, in dem er eine Vielzahl von Aspekten aufgreife, um für ein besseres Zusammenspiel von Tourismus und Umwelt im Alpenraum zu sorgen. Beispielhaft zu nennen seien hier die Themenfelder nachhaltiger Tourismus, Verkehrsströme im Alpenraum und Elektromobilität, Klimaschutz, Schutzgebiete und Biodiversität, Digitalisierung des Tourismusangebotes und digitale Infrastruktur. Daneben sei es aber auch wichtig, bei der touristischen Erschließung des Alpenraums die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Belange der ansässigen Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen.

Der Antrag der Bündnisgrünen sei abzulehnen, da er die Thematik auf innovative Tourismuskonzepte verenge und sich zu sehr auf den Wintertourismus konzentriere.

Die **Fraktion DIE LINKE.** begrüßte, dass mit dem Antrag der deutsche Vorsitz in der Alpenkonvention dazu genutzt werde, Schwerpunkte festzulegen und auch einen Rahmen für die Akteure vorgegeben werde, innerhalb dessen man Ergebnisse erwarte. Allerdings wäre wünschenswert gewesen, wenn, wie im Antrag der Bündnisgrünen gefordert, Bundesmittel aus dem Haushaltstitel „Förderung der Leistungssteigerung im Tourismusgewerbe“ zur Finanzierung besonders innovativer Projekte im Bereich des Alpentourismus bereitgestellt worden wären. Die Förderung nachhaltiger Innovationen sei wichtig, um das Spannungsfeld zwischen ökonomischer Entwicklung und Bewahrung der Natur für beide Seiten positiv zu lösen. Hier biete der Antrag der Grünen zukunftsweisendere Ansätze, weshalb man diesem zustimmen werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass Deutschland mit dem Vorsitz in der Alpenkonvention die Verantwortung dafür trage, Treiber und Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung des Alpenraumes zu sein. Deshalb sei es auch wichtig, dass das Thema auf der politischen Agenda sei, dass es im Plenum und im Ausschuss diskutiert worden sei. Die Kritik, dass sich der Antrag nur auf den Wintertourismus beziehe, sei zurückzuweisen, da im Forderungsteil auf den Tourismus insgesamt, also sowohl den Sommer- wie den Wintertourismus eingegangen werde. Es sei bedauerlich, dass es bei einem so wichtigen Thema nicht möglich gewesen sei, einen gemeinsamen Antrag vorzulegen. Der eigene Antrag, der vor dem Hintergrund zahlreicher Expertengespräche erarbeitet worden sei, sei zuerst vorgelegt worden und auch der weitergehende Antrag. Der Antrag der Koalitionsfraktionen enthalte zwar nichts Falsches, lasse aber wichtige Aspekte außer Acht, weshalb man sich enthalten werde.

Berlin, den 11. November 2015

Daniela Ludwig	**Dr. Hans-Joachim Schabedoth**	**Kerstin Kassner**	**Markus Tressel**
Berichterstatterin	Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatter



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333